Bezugspreise: Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mk., vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1133 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 44. Halle, Donnerstag, den 27. Januar 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Sozialpolitischer Rückblick.

Das Streikfieber der deutschen Arbeiterschaft ist schon seit längerer Zeit in erfreulichem Maße abgeflaut. Sowohl bei der Eisenbahner-Bewegung als auch besonders in dem wilden Streik der Ludwig Loewe-Arbeiter haben die Kommunisten schwere Niederlagen erlitten. Es ist ihnen in beiden Fällen nicht gelungen, durch ihre Hetze die Beilegung der Streitigkeiten zu verhindern. Wir leben zurzeit in verhältnismäßig ruhiger Arbeit. Es wäre überaus vorteilhaft, wenn die Regierung diese Zeit zur Durchführung der Schlichtungsordnung benutzen würde. Es müßte jetzt ziemlich leicht sein, die Schlichtungsbestimmungen durchzuführen und die Arbeiter würden ihre segensreiche Wirkung fühlen. In den vielleicht nicht allzu fernen Zeiten zahlreicherer Arbeitsstreitigkeiten und lebhafterer Streitstimmung würden die Arbeiter sich dann an die Schlichtungsordnung gewöhnt haben, und zu ihrer Befolgung trotz radikaler Verhetzungsversuche geneigter sein. Vielleicht setzt man von demokratischer Seite wieder etwas Dampf hinter die Erledigung dieser überaus wichtigen sozialpolitischen Aufgabe.

Infolge der Weltmarktkrisis und der Verbesserung unserer Markvaluta spürt man auf dem Lebensmittelmarkt eine kleine Entlastung. Man hofft in der Arbeiterschaft und besonders in den Kreisen des Mittelstandes, der unter der Teuerung am schwersten leidet, wieder auf den kommenden Abbau der Preise. Die größere Arbeitsruhe ist vor allem auf die Anschauung zurückzuführen, daß der Rückgang der unnatürlich aufgeschwemmten Warenpreise heute viel wichtiger ist als Lohnsteigerungen. Um so mehr sind die Beschlüsse des Reichsernährungsministeriums über die Festsetzung der Getreidepreise für das nächste Erntejahr geeignet, Beunruhigung bei allen minderbemittelten Bevölkerungsschichten zu erregen. Diese in Aussicht genommene Preisfestsetzung bedeutet nämlich eine Erhöhung der Getreidepreise um 50 Prozent. Eine so erhebliche Verteuerung des Brotes ist in sozialer Beziehung überaus bedenklich. Sie ist geeignet, die Wirkung eines Preisrückgangs einer Reihe von Auslandslebensmitteln vollkommen wieder aufzuheben und ein erneutes Aufwerfen des Lohnproblems herbeizuführen. Es bleibt nur noch die Hoffnung, daß bis zur Einbringung der neuen Ernte die Weltmarktpreise des Getreides soweit gesunken sind, daß eine allzu erhebliche Verteuerung des Brotgetreides vermieden werden kann. Um so mehr aber sollte das Ernährungsministerium davon Abstand nehmen, sich schon jetzt auf eine so erhebliche Verteuerung der Getreidepreise festzulegen.

Eine Versammlung des Zentralkommitees des Internationalen Bergarbeiterbundes, an der auch zwei Vertreter der deutschen Bergarbeiter teilnahmen, hat sich einstimmig für eine Förderung der Sozialisierung des Kohlenbergbaus ausgesprochen. Mag man zu dieser Frage stehen, wie man will, so ist es in jedem Falle als ein Fortschritt zu betrachten, wenn das Problem immer mehr zu einem internationalen ausgestaltet wird, denn nur auf dem Wege gleichmäßigen Vorgehens aller Kohlenproduktionsländer kann eine befriedigende Lösung dieser Streitfrage gefunden werden. Auch in anderer Beziehung hat die erwähnte Konferenz die internationale Betrachtungsweise der Kohlenfrage gefördert und diese Erweiterung des Gesichtspunkts wird vielleicht nicht ohne Folgen bleiben. Es kann z. B. dem englischen Arbeiter in einer Zeit, da die englische Kohle immer mehr ihren Absatz einbüßt und die Produktion aufs äußerste eingeschränkt wird, nicht gleichgültig bleiben, wenn der deutsche Bergmann durch das Abkommen von Spa gezwungen wird, durch Ueberschichten billige Kohle zu produzieren, die dann preisdrückend auf den Weltkohlenmarkt wirkt. Dieses Abkommen von Spa entzieht andererseits der deutschen Industrie die nötige Kohle und verursacht wachsende Beschäftigungslosigkeit der deutschen Arbeiterschaft. Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der Zeit vom 15. Dezember bis zum 1. Januar, also innerhalb eines halben Monats um 43 000 auf 409 000 gestiegen. Ein Abkommen, das auf der einen Seite durch Entziehung der notwendigen Kohlen künstlich Arbeitslosigkeit schafft und auf der anderen Seite durch Anhäufen von Kohlen die Produktion wichtiger Kohlenländer lahm legt, muß als ein Krebsschaden für die Weltwirtschaft angesehen werden, zu dessen Beseitigung sich die geschädigte Arbeiterschaft der ganzen Welt verbinden muß.

Die Pariser Konferenz.

In der „Liberté" wird bei Besprechung des Reparationsproblems gesagt, es sei nicht unmöglich, daß man erkennen würde, den alliierten Vertretern fehle es an Zeit, um zu einem endgültigen Einverständnis zu gelangen. Vielleicht werde man vorziehen, eher die Lösung eines so schwierigen Problems um einige Wochen zu vertagen, als zu Improvisierungen zu schreiten. Inzwischen werde man auch vielleicht noch genauer über die Lage in Deutschland unterrichtet, und der Reparationskommission wäre Gelegenheit gegeben, ihre Arbeiten fortzusetzen.

„Temps" formuliert, die Methode, die man einschlagen wolle, wie folgt:

1. Die Reparationskommission wolle in kürzester Frist einen vorläufigen Abschätzungsplan über die deutsche Schuld ausarbeiten, der offiziös den alliierten Regierungen mitgeteilt werde, wenn sie es wünschen.

2. Die Reparationskommission werde Deutschland nicht die Möglichkeit geben, bis ins Unendliche über Kleinigkeiten zu sprechen, sondern ihm die Möglichkeit geben, sich offen auszusprechen und seinerseits in Bälde Bemerkungen zu formulieren.

3. Zwischen der Zeit, die Deutschland habe, um Bemerkungen zu machen, und dem 1. Mai, an welchem Tage die endgültige Festsetzung der deutschen Schuld erfolgen muß, werde sich die Reparationskommission mit den alliierten Regierungen auseinandersetzen, um ein Zahlungssystem, wie es der Vertrag von Versailles vorsehe, aufzustellen. Das könne man nicht, ohne die Frage der Sicherheiten und Zwangsmaßnahmen ins Auge zu fassen, über die die Alliierten gehört werden müßten.

4. Sollten sich die alliierten Regierungen inzwischen untereinander verständigen und schon nach Schluß der jetzigen Konferenz den Betrag festsetzen, den Deutschland in den ersten drei Jahren zahlen müsse.

Nach dem „Matin"-Bericht über die gestrige Nachmittagssitzung hat die Konferenz in kurzer Sitzung beschlossen, schon jetzt Estland und Lettland rechtlich anzuerkennen. Die rechtliche Anerkennung Litauens aber müßte aufgeschoben werden bis zur endgültigen Regelung der Frage von Wilna, mit der der Völkerbund betraut sei. Die Konferenz erklärte formell, der Anerkennung Georgiens günstig gegenüber zu stehen, wenn seitens dieses Staates ein formelles Ersuchen gestellt wird. Die nächste Sitzung der Konferenz wird Entscheidung treffen über den Bericht der militärischen, maritimen und Luftfahrt-Sachverständigen.

Orientierungskonferenz in London.

Wie die „Chicago Tribune" meldet, sollen die Vereinigten Staaten eingeladen werden, zur Orientkonferenz nach London, die am 21. Februar beginnt, Vertreter zu entsenden.

Das deutsche Eigentum in Italien.

In einem Telegramm einer Berliner Abendzeitung aus Rom wird die Konfiszierung des 50 000 Lire übersteigenden deutschen Eigentums in Italien als eine vollzogene Tatsache behandelt. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, trifft dies nicht zu, vielmehr gehen die Verhandlungen, die über die Freigabe des deutschen Eigentums mit der italienischen Regierung geführt werden, fort. Auch die Bemerkung in dem erwähnten Telegramm, als ob erst jetzt nach Ernennung des Herrn Bütow zum Handelsbeirat der deutschen Botschaft in Rom eine Stelle geschaffen worden sei, welche sich mit der Frage des deutschen Eigentums ernsthaft befasse, ist nicht richtig. Nachdem etwa ein Jahr lang der Botschaft eine aus deutschen Kaufleuten und Industriellen bestehende Kommission zugeteilt war, welche über diese Angelegenheit mit den italienischen zuständigen Kreisen verhandelte, ist bereits vor mehreren Monaten in der Person eines bekannten Württemberger Industriellen der Botschaft ein Handelsbeirat attachiert worden, der sich speziell mit der Regelung der Frage des deutschen Eigentums befaßt.

Kriegsanleihen und Reichsnotopfer.

Im Steuerausschuß des Reichstages teilte der Reichsfinanzminister mit, daß selbstgezeichnete Kriegsanleihen bis nach Ablauf eines Monats nach Zustellung des einstweiligen Steuerbescheides in Zahlung gegeben werden können. Selbstgezeichnete Kriegsanleihen, die als Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs in Zahlung gegeben worden sind, können, wenn sie im Wege der Zurückerstattung zurückgegeben worden sind, bis zum Ablauf eines Monats nach der Ausreichung durch die Hebestelle gleichfalls in Zahlung gegeben werden. Bezüglich des Ertragswertes der Grundstücke will der Reichsfinanzminister insoweit entgegenkommen, daß die Wirtschaftsjahre 1912 bis 1914 zur Berechnung herangezogen werden können. Bezüglich der Reichseinkommensteuernovelle wünschte ein Vertreter des Ministeriums wiederum, daß sich die Parteien über etwaige Tarifänderungen noch vor dem 4. Februar schlüssig werden.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei

Nachdem die Deutschnationalen immer mehr unter dem Einfluß des Grafen Westarp in das altkonservative Fahrwasser geraten sind und sogar Herr v. Hergt sein berühmtes Ordnungsprogramm aufgegeben hat, verschärft sich der Gegensatz zwischen den beiden Parteien, die bekanntlich, wenigstens nach ihrer Meinung, das Monopol des „Nationalen" besitzen. Zumal die Deutschnationalen können es den Volkspartei lern nicht verzeihen, daß sie nach dem Arm in Arm geführten Wahlkampf nicht daran gedacht haben, die Deutschnationalen zur Regierungsbildung aufzufordern. Es regnet daher auf deutschnationaler Seite Angriffe gegen die Volksparteiler. Die Deutsche Volkspartei, die zwar erklärt hat, gegen die Demokraten mit aller Schärfe vorgehen zu wollen, will sich, wie der Abg. v. Kardorff in Frankfurt erklärt hat, wehren, aber nicht zum Gegenangriff vorgehen. So teilt wenigstens die Nationalliberale Korrespondenz mit, die noch vor einigen Tagen sich dagegen gewehrt hat, daß die Deutsche Volkspartei zu den Parteien der Rechten gehöre. Herr v. Kardorff führte weiter aus, daß heute weder extrem links, noch extrem rechts regiert werden könne. Eine starke Mitte müsse maßgebend sein, für innere und äußere Politik. Das ist sehr richtig und man muß der Volkspartei lobend zugestehen, daß sie nach den Reichstagswahlen auf all ihre schönen Versprechungen und auf alle ihre Programmgrundsätze, die sie im Wahlkampfe vorgetragen hatte, verzichtet hat, die demokratischen Forderungen angenommen hat und demokratische Politik der Mitte treibt. Unverständlich ist es aber, daß dieselbe Partei den Demokraten in Mecklenburg vorwirft, daß sie versucht haben, eine Regierung der Mitte von den Mehrheitssozialdemokraten bis zur Volkspartei zustande zu bringen. Sollten sich die Vorwürfe nicht eher gegen die Volksparteiler in Mecklenburg richten, die die von Kardorff mit Recht verlangte Politik der Mitte verhindert haben und ebenso in Lippe? Die Nationalliberale Korrespondenz greift den Demokraten Naumann-Hofer an, weil er die Partei im Wahlkampf gegen sie in Zusammengehen mit den Deutschnationalen in der Regierung festgelegt habe. Dadurch sei, trotzdem die sozialdemokratische Mehrheit verschwunden ist, eine rein bürgerliche Regierung unmöglich gemacht. Was heißt denn das „rein bürgerliche Regierung?" Doch nichts anderes als eine Regierung der Rechten gegen die Linke. Eine Politik, die doch keineswegs der von Kardorff betonten Notwendigkeit einer Regierung der Mitte entspricht. Auch in Lippe wird eine Regierung von Sozialdemokraten bis Deutsche Volkspartei möglich sein. Wir sind gespannt, ob die Deutsche Volkspartei wiederum die Regierung der Mitte scheitern lassen wird.

Mehr Sparsamkeit!

Der Ausschuß zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung beriet gestern über sein weiteres Arbeitsprogramm. Der demokratische Abg. Delius, auf dessen Antrag hin der Ausschuß eingesetzt ist, wies darauf hin, daß diese Einsparung große Befriedigung hervorgerufen habe. Nun müsse aber endlich positive Arbeit geleistet und endlich gespart werden. Schematische Streichungen freilich, wie sie der Reichsrat vornehme, seien nicht immer am Platze. Besondere Ausschüsse für die einzelnen Verwaltungen müßten deren Vereinfachung studieren. Dies sei aber nur in den Parlamentsferien möglich. Das Material des Finanzdiktators müsse vorgelegt werden. Man brauche aber die Mithilfe der Beamten selbst. Es müsse ihnen klar gemacht werden, daß nur durch möglichste Verringerung des Beamtenheeres ihre wirtschaftliche Zukunft gesichert werden könne. Wohlerworbene Rechte müßten gewahrt werden. Minister Koch protestierte gegen den ihm in der Presse gemachten Vorwurf der Verschleppung, er müsse zu den Vorschlägen Stellung nehmen und sie unter Umständen verbessern. Eine Vereinfachung sei dringend nötig. Es wurde eine Entschließung angenommen, nach der die Vorschläge des Finanzdiktators und die Aeußerungen der Regierung hierzu als Material vorgelegt werden sollen.

Österreich und Deutschland.

Präsident Dr. Weiskirchner eröffnete die Dienstag-Sitzung des österreichischen Nationalrates mit einer Ansprache, der wir folgendes entnehmen:

Ich glaube, einer gemeinsamen Herzenspflicht aller Parteien des Hohen Hauses zu entsprechen, wenn ich zu Beginn unserer heutigen Sitzung des 18. Januar gedenke, an welchem Tage sich vor 50 Jahren die Einigung der deutschen Stämme zum Deutschen Reich vollzogen hat. (Das Haus erhebt sich.) Jahrhundertelang haben die Lande, die wir jetzt im Nationalrat zu vertreten berufen sind, zu dem Staatengebilde des Römischen Reiches deutscher Nation gehört. Durch fünf Jahrhunderte war unsere Hauptstadt Wien mit geringen Unterbechungen die Hauptstadt des ganzen Deutschen Reiches. Auch als das Reich in den Deutschen Bund sich umgestaltete, blieben unsere Vorfahren in der Staatengemeinschaft, bis der Kampf um die Vorherrschaft die politischen Bande zerriß. Die politischen Fragen, die unser Land durch ein Jahrtausend mit dem alten Deutschen Reich verband, konnten zwar gelöst werden, niemals aber hat die kulturelle Einheit zwischen uns und dem Deutschen Reiche aufgehört. (Zustimmung.) Der Reichspräsident hat in seinem Denkmort anläßlich dieses Tages auch unser und unserer Leiden gedacht. Ich danke ihm von dieser Stelle für seine warmfühlenden Worte. Die vorbildlichen Eigenschaften des Mutes, der Pflichttreue und der Arbeitsamkeit, wie sie dem gesamten deutschen Volk zu eigen sind, werden und müssen uns zum Ziel des Erfolges führen. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Zukunft dem Reich — und uns in Oesterreich — die Erfüllung unserer Herzenswünsche bringen wird. (Zustimmung.) In diesem Sinne bitte ich um die Ermächtigung, aus Anlaß des Gedenktages der Gründung des Reiches dem Deutschen Reichstag und dem Reichspräsidenten Ebert namens des österreichischen Nationalrates begrüßen zu dürfen. (Lebhafter Beifall und Handeklatschen.)

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Die Botschafterkonferenz hat jetzt Herrn Alphand zum Vorsitzenden für die demnächst in Paris wieder aufzunehmenden deutsch-polnischen Verhandlungen über Pensionen, Archive usw. bestimmt, die im Frühjahr 1920 unvollendet geblieben waren. Deutscherseits ist hierbei auch Aufnahme der Verhandlungen über das beiderseitige Optionsrecht beantragt worden. Jedoch hat die Botschafterkonferenz hierüber noch keine Entscheidung getroffen.

Die Verhandlungen über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen dauern unter Vorsitz des Herrn Leverve fort. Ueber eine Reihe von Fragen ist bereits Einigung erzielt.

Zwischen dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln und dem Vertreter der polnischen Regierung bei der Interalliierten Kommission ist eine Uebereinkunft getroffen worden, dahingehend, daß den im polnischen Staat wohnenden deutschstämmigen Oberschlesiern bei der Vorbereitung für die Abstimmung und bei der Reise zur Abstimmung selbst seitens der polnischen Behörden keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen. Ebenso ist Kurierverbindung zwischen dem deutschen Plebiszitkommissariat und deutschen Abstimmungsorganisationen in Polen sichergestellt worden.

Von deutscher Seite ist zugesichert, daß, wie schon bisher geschehen, auch die in Deutschland wohnenden Stimmberechtigten polnischen Stammes in der Ausübung ihres Stimm-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210127030/fragment/page=0001

rechtes nicht beschränkt werden. Ebenso ist deren Verkehr mit dem polnischen Plebiszitkommissariat unter den gleichen Bedingungen wie in Polen zugesagt worden.

Österreich und die Entente.

Der französische Delegierte bei der Reparations-kommission für Oesterreich Lobutowski erklärte dem Wiener Vertreter des „Temps", das Land könne sich nur mit Hilfe der Entente wieder erheben. Dieser Beistand könne Oesterreich insbesondere nur gewährt werden, wenn es wisse, daß die Entente den Anschluß an Deutschland, was auch komme, nicht dulden werde, denn das würde mit Sicherheit den Wiederbeginn des Krieges bedeuten. Als Gegenleistung werde die Entente zwischen den verschiedenen Staaten Mitteleuropas ein normales Regime wirtschaftlicher Verbindungen aufrichten, das sich stütze auf die eigenen Interessen eines jeden dieser Staaten.

Deutsches Reich.

Wiederum eine Siedlungsgenossenschaft zusammengebrochen. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die Mexiko-Siedlungsgenossenschaft mit dem Sitz in Berlin und in Mexiko zusammengebrochen. Es läßt sich z. Zt. noch nicht einwandfrei feststellen, ob die Mitglieder einem groß angelegten Schwindel zum Opfer gefallen sind, insbesondere ob ein strafbares Verschulden einzelner Personen in der Leitung vorliegt, oder ob die Leitung im guten Glauben an die Durchführbarkeit des Siedlungsplanes gehandelt hat. Trotzdem keine Aussichten auf eine Sanierung der Gesellschaft vorhanden sind und selbst die Rettung nur eines Teiles der von den Mitgliedern angelegten Werte sehr zweifelhaft ist, werden von unverantwortlicher Seite die Werbungen von Mexiko aus fortgesetzt. Es kann daher nur dringend auf die schweren Folgen hingewiesen werden, die durch übereilten Anschluß an zweifelhafte Unternehmungen dieser Art entstehen können.

Einkommensteuer und Zuwendungen zu gemeinnützigen und politischen Zwecken. Im Steuerausschuß des Reichstages drehten sich gestern die Beratungen um die Frage des § 13,7 des Einkommensteuergesetzes, nach dem Zuwendungen zu kulturfördernden, gemeinnützigen, wohltätigen und politischen Zwecken, wenn sie 10 Prozent des Einkommens nicht überschreiten, bei der Einkommensteuer abzugsfähig sind. Der Minister erklärte sich als entschiedener Gegner der Abzüge für Zuwendungen für politische Zwecke. Der Demokrat Pohlmann und der Deutschnationale Helfferich traten dafür ein, Zentrum und Sozialdemokraten dagegen, die Meinungen der Volkspartei waren geteilt. Eine Abstimmung fand nicht statt. Bei der ersten Beratung des Gesetzes hatten die Demokraten beantragt, daß ein größerer Teil der Lebensversicherungsprämie abzugsfähig sein sollte. Die Deutschnationalen nahmen den demokratischen Antrag wieder auf; es wurde einstimmig beschlossen, statt 600 Mark 1600 Mark für abzugsberechtigt zu erklären. Vielfache Bedenken wurden bei der Frage der zweifachen Veranlagung 1920 erhoben. Die Regierung begründet ihren Standpunkt mit der sogenannten Schanzschen Theorie und mit der Berücksichtigung der Lohn- und Gehaltsempfänger, die jedenfalls das Einkommen des laufenden Jahres versteuern müssen. Die Regierung gab jedoch zu, daß durch die endgültige und vorläufige Veranlagung (zunächst Vorjahr und dann Kalenderjahr) Schwierigkeiten entstehen. In der weiteren Erörterung überwogen die Bedenken. Die Beratung wurde noch nicht zu Ende geführt.

Im Ausschuß für die Entschädigungsgesetze wurde der demokratische Abg. Dietrich zum Berichterstatter ernannt. Es wurde über das Verdrängungsschädengesetz verhandelt. Ein Regierungsvertreter stellte fest, daß zur Erfüllung aller Wünsche 10 Milliarden erforderlich seien. Dietrich hielt die Schadensgesetze für zu reichlich und die Zuständigkeiten für nicht genügend abgegrenzt. Wenn die Sachschäden nach den Friedenswerten festgestellt würden, würde jetzt nur ein Zwölftel zu zahlen sein. Das Ergebnis der Aussprache war, daß Entschädigungen nach Möglichkeit zu gewähren sind.

Die Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes. Im Haushaltungsausschuß wurde zunächst die Angelegenheit Wolff-Bureau—Havas dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten überwiesen, nachdem der demokratische Abg. Weinhausen gegen das Wolff-Privileg gesprochen hatte und seine Ausführungen trotz seines Widerspruchs für vertraulich erklärt worden waren. Bezüglich der Außenhandelsstelle hielt der demokratische Abg. Haußmann es nicht für richtig, daß private Beihilfen gewährt werden. Der demokratische Abg. Haas unterstrich das und betonte, daß es nicht zulässig sei, die gesamten Posten nach gutachtlichen Aeußerungen wirtschaftlicher Organisationen zu besetzen. Das führe dazu, daß sich Leute als Richter unserer auswärtigen Angelegenheiten aufspielen, die das Urteil dazu nicht besitzen. Auf eine Anfrage des Abg. Haußmann, ob der Konsul Gumprecht abzuberufen sei, antwortete der Minister bejahend. Die Besprechungen sollten in einer Abendsitzung fortgesetzt werden.

Im Ausschuß für Beamtenangelegenheiten erhob vor Eintritt in die Tagesordnung der demokratische Abg. Delius zunächst Einspruch gegen die Nichteinberufung des Ausschusses anläßlich der Beratungen zwischen der Regierung und den Organisationen über die Teuerungszulagen. Sein Antrag, daß die Regierung den Ausschuß künftig zu hören habe, wird abgelehnt und dafür eine gemeinsame Entschließung angenommen, die das Bedauern ausspricht, daß der Ausschuß an den Verhandlungen nicht teilgenommen hat. Es wird darin festgestellt, daß der Beamtenausschuß zur Beratung aller Beamtenfragen eingesetzt ist und unter Umständen auch die Initiative zu ergreifen hat. Vom Hauptausschuß wird verlangt, daß er die Beratung der Ortsklassenangelegenheiten dem Ausschuß überträgt.

Krisenstimmung in Schweden. Wie die Frankf. Ztg." berichtet, erregt es in Stockholm großes Aufsehen, daß der frühere Staatsminister Branting als Führer der mehrheitssozialdemokratischen Partei im schwedischen Reichstage bei Besprechung eines konservativen Antrages auf Aufhebung oder Suspension des Gesetzes über den achtstündigen Arbeitstag in unverhüllter Form mit der Anwendung außerparlamentarischer Mittel gedroht hat, wenn die Rechte nicht von ihrem Plan ablasse dieses Gesetz, ebenso wie eine Reihe anderer Vorlagen zum Wahlrecht, Unterricht und Heereswesen wieder rückgängig zu machen. Branting sprach sich in derselben Rede scharf gegen die von der Rechten geforderten Erhöhung der Lebensmittel- und Industriezölle aus, die nach seiner Ansicht nur dazu dienen soll, die Preise hoch zu halten.

Der Reichspräsident hat auf das Telegramm des Präsidenten des österreichischen Nationalrates Dr. Weisskirchner folgendermaßen geantwortet: „Dem Nationalrat der Republik Oesterreich danke ich herzlichst für die anläßlich des Erinnerungstages übermittelten freundlichen Grüße. Das deutsche Volk ist gleich den Stammesgenossen in Oesterreich von der festen Zuversicht erfüllt, daß sich der deutsche Name in der Zukunft überall jene Achtung und Geltung erringen wird, die dem gemeinsamen Streben der Wiederaufrichtung durch unermüdliche Arbeit zuteil werden müssen."

Auslands-Rundschau.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das seither beständig in Genf ansässig gewesen ist, bezeichnet die Nachricht, daß der Sitz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz nach Paris oder Brüssel verlegt werde, als vollständig grundlos.

Bei der Urabstimmung in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz wurden 25 324 Stimmen gegen und 8 723 Stimmen für den Beitritt zur III. Internationale abgegeben.

Provinzial-Nachrichten.

Probstzella. (Originelles.) Mit der Ausgabe unseres neuen Papiernotgeldes ist begonnen worden. Die neuen Scheine machen einen gefälligen Eindruck; auf der Vorderseite befindet sich die Wertbezeichnung mit dem alten Probstei-Wappen, umrahmt von den Versen: „Berlin, Probstzella, München — wir gleichen uns gar sehr; das Kleingeld fehlt uns allen, das große nach viel mehr", während die Rückseite die alte Probstei-Zelle zeigt, umrahmt von den Versen: „Ich hätten wir das Hochgericht der alten Zeit noch steh'n und könnten alle Wucherer am Galgen baumeln seh'n!" — Probstei-Zelle 1150—1526.

⊙ **Blankenburg (Harz),** 26. Jan. (Eine dreiköpfige Bande) überfiel gestern abend den Bahnhof Timmenrode. Der betagte Stationsvorsteher wurde mit einem Revolver niedergeschlagen und seine Ehefrau gezwungen, beim Durchsuchen der Räume behilflich zu sein. Der Bande ist nur eine kleine Beute, etwa 70 Mark und verschiedene Schmucksachen aus dem Privatbesitz des Bahnhofsvorstehers in die Hände gefallen. Die Telephon- und Telegraphendrähte waren vor der Tat durchschnitten worden.

Erfurt, 26. Jan. (Eine gerissene Schwindlerin) ist, wie der Erfurter Polizeibericht meldet, die verehelichte Anna Hofmann geb. Baumann aus Zella. Sie sprach unter falschem Namen an verschiedenen Stellen vor und bot dort angeblich kommunistische Angriffspläne an. Bei ihrer Festnahme stellten sich diese Pläne als ganz plumpe Fälschungen ohne jeden tatsächlichen politischen Hintergrund heraus. Die Hofmann wird bereits von drei Staatsanwaltschaften steckbrieflich verfolgt. Sie ist dem Gerichtsgefängnis zugeführt worden.

+ **Erfurt,** 26. Januar. (Bei dem Eisenbahnunglück auf dem Erfurter Güterbahnhof) sind nach dem amtlichen Bericht vierzehn Personen, darunter einige Schüler, schwer verletzt worden. Todesfälle sind nicht vorgekommen. Der Materialschaden ist groß.

Schmalkalden, 26. Jan. (Vor auswärtigen Geldverleihgeschäften) und sonstigen zweifelhaften Kaufangeboten kann nicht genug gewarnt werden. Erst kürzlich sind eine Anzahl Familien einer Schwindelfirma in die Hände gefallen; sie haben, um Darlehen zu erhalten Geldsummen bis zu 200 Mark angeblich für Vermittlungs- usw. Gebühren eingesandt, ohne bisher auch nur einen Pfennig zu bekommen. Gegen die Firmeninhaber ist Strafanzeige erstattet. — Kürzlich hatte ein Kreiseinwohner, der sich gern billige Lebensmittel anschaffen wollte, auf ein Zeitungsangebot hin über 2000 Mark nach Köln eingeschickt; er hat bis jetzt aber nichts bekommen als einen Brief, in dem mitgeteilt wird, daß der Geschäftsinhaber mit 100 000 Mark durchgegangen sei und daher nichts geliefert und Geld nicht zurückgesandt werden könne. Wenn die Warnungen kein Gehör finden, dann ist den Leuten nicht zu helfen.

× **Dresden,** 26. Januar. (Eine Vertreterversammlung der sächsischen Mietervereine) beschloß, Vorbereitungen für den Mieterstreik zu treffen. Die Versammlung erklärte sich gegen die Mietsteuer und verlangt den Ausbau des Mieterschutzes und die Schaffung eines Reichsmietengesetzes, das das Mitbestimmungsrecht der Mieter enthält

Vermischtes.

Bereitelte Entführung zweier Deutschamerikaner. Aus Eberbach (Baden) wird gedrahtet: Die Eberbacher Zeitung berichtet ausführlich über eine geplante und bereitelte Entführung von zwei in Nordamerika geborenen Söhnen von Deutschamerikanern, die in treuer Anhänglichkeit an ihr Deutschtum sich geweigert hatten, gegen Deutschland Kriegsdienst zu leisten, dann unter großen Gefahren entflohen waren und Zuflucht im Heimatland ihrer Eltern gefunden hatten. Der Ueberfall erfolgte, als sie mit einem Kraftwagen Hochzeitsgäste vom Bahnhof in Eberbach abholen wollten. Ihr Auto wurde von einem andern, in dem sechs Personen saßen, überfallen. Es kam zu einer Schießerei, wobei eine Verwandte der Braut durch einen Schuß in die rechte Hand verletzt wurde. Die Angreifer entflohen, wurden verfolgt, und es gelang, zwei von ihnen festzunehmen. Der fremde Wagen war unter Führung von zwei der amerikanischen Besatzungsbehörde unterstellten Beamten von Speyer gekommen. Ferner saßen vier andere Leute darauf, die beauftragt waren, die beiden Deutschamerikaner ins besetzte Gebiet zu bringen. Die Amerikaner hatten eine Menge Handschellen bei sich. Die amerikanische Regierung soll auf die Ergreifung der beiden Deutschamerikaner eine Belohnung von 60 000 Dollar ausgesetzt haben. Nach einem anderen Bericht heißen die beiden Deutschamerikaner Bergdoll und Stecher und entstammen sehr reichen angesehenen amerikanischen Familien. Einer von ihnen war bei Kriegsausbruch wegen der Weigerung in der amerikanischen Armee gegen das Vaterland seiner

---

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung". Roman von Hans Schulze. — Winterfahrt durch den Harz. Von Fred Hildebrandt. — Die Lehrhung. Von Eberhard Weittenhiller. — Literatur. — Schach.

Schöpferische Bildung.

Von

Hans Natorek.

(Nachdruck verboten.)

Ein junger Arbeiter kam zu mir, einer von jenen, die sich berufen fühlen und empor wollen. Daß er auch dichtet, weit besser dichtet als mancher begabte Gymnasiast, der unter literarischen Vorbildern aufgewachsen ist, mag nebensächlich sein. Weit wichtiger ist dies, daß er mit großen, fiebernden, unruhigen Augen ins Leben blickt und sich angesichts des geistigen Reichtums der Welt so grenzenlos arm und hilflos vorkommt. Er zittert nach Wissensnahrung und doch sind seine Hände zu ungeschickt, sie zu greifen. Mit zwanzig Jahren ist er erwacht, hat seine Augen aufgeschlagen und fühlt nun, wie dunkel es um ihn ist. Er fühlt, daß die anderen, die unter günstigeren Bedingungen aufgewachsen sind, einen Riesenvorsprung haben, und muß daran zweifeln, ihn je einzuholen.

So, von Verzweiflung erfüllt, kam dieser junge Mensch zu mir, heftig anklagend die gewaltigen Gegensätze auch des geistigen Besitzes. Es sei eine schreiende Ungerechtigkeit, so meinte er in jugendlichem Ungestüm, daß vielfach jene, die vielleicht gar nicht den besten Gebrauch davon zu machen vermögen, sich mit Wissens- und Bildungsfülle sättigen, weil sie von klein auf alle Möglichkeiten, alle Mittel und vor allem ungemessene Zeit hatten, an ihrer Bildung zu arbeiten. Es sei wie mit dem Gelde: wer den besten, den geistigsten Gebrauch davon machen würde, der hat es nicht, und der es hat, macht nicht diesen geistigen Gebrauch davon. Ja, er wolle auch Geld, unendlich viel Geld, aber nur, um alle großen Gedanken, die je gedacht, alle erhabenen Werke, die je geschaffen worden sind, in sich aufnehmen zu können.

Bildung — das war für ihn das Zauberwort, bei dem alle Tore des Lebens aufsprangen. Dabei übersah der junge Mensch in der Blindheit seines ersten Sehens, daß er in seinem heißen Drang das erste Tor bereits eingerannt hatte. Denn wichtiger als Bildung ist der Hunger nach ihr. — Einen Prunkkasten aus Glas mit Kostbarkeiten und Raritäten zu füllen, damit der Besitzer seine snobistische Freude daran habe, ist ohne Verdienst und Wert. Schade um den Reichtum an falschem Ort. Wie häufig aber ist Bildung nichts anderes als ein solcher Prunkkasten. Zehn Bücher in einer Arbeiterstube können einen höheren Bildungswert haben, als die kostbarste Bibliothek, die mühelos errungen und erlesen ist und daher nur Prunkkasten bleibt. Bildung kann nicht anders einen inneren Sinn erhalten, als wenn sie kämpfend erworben wird. Was müheloß in den Schoß fällt, ist Wissensplunder, angenehmer Luxus, im besten Fall Material und Voraussetzung für eine gehobene Berufstätigkeit. Deshalb wiegen die zehn Bücher, durch die sich ein Tastender, ein Armer durchgekämpft hat, eine Bibliothek auf, in der ein Ueberfättigter in der Fülle seiner Mußezeit blättert.

Ich bemühte mich, Aehnliches dem jungen Arbeiter begreiflich zu machen. Denn ich sah, wie ihm die ungeheure Quantität, an die er nicht heranzukommen wußte, zugleich mutlos und verbittert machte. Das ist ja das Typische bei allen denen, deren Bildungshunger so groß ist wie ihre Wissensarmut, daß sie Wissen und Bildung gleichsetzen und daß ihnen die Quantität der Bücher und Kunstwerke, die sie nicht kennen, ungeheuer imponiert.

Was sollte ich dem jungen Menschen raten? Vor allem schien es mir notwendig, sein Selbstvertrauen zu stärken und seinen wiehernhaften Respekt vor dem Wissensmaterial einzudämmen; ihm klarzumachen, daß es nicht auf den Besitz an „Bildung", sondern auf den Weg zur Bildung ankomme. Der Reichtum an Wissen, der nicht in das Fleisch und Blut einer Persönlichkeit eingeht, macht starr; aber Bildung — schon das Wort sagt es — ist kein Zustand, sondern ein ewiges Werden, ein Vorgang, der das Wesentliche im Menschen gestaltet und umbildet. Wissen ohne Persönlichkeit — was wäre das? Aber Persönlichkeit, auch wenn sie infolge unglücklicher Umstände nicht an den offiziellen Tränken der Bildung gestanden hat, — daraus könnte etwas zu machen sein! Und mit einer solchen Persönlichkeit hatte ich es zu tun. Sie in die Volkshochschulen und Bildungskurse schicken? Immerhin; aber mit einer gewissen Zurückhaltung. Ueberschätzung der Tatsachen, der Voraussetzungen, das wäre mir ein schlechter Anfang eines Bildungsvorganges. Unwissenheit, Unberührtheit von aller zivilisatorischen Bildungsphrase und -lüge ist ein zartes Rohmaterial, das man mit Büchern leicht totschmeißen kann. Also um Gotteswillen sich nur nicht dumm lesen in dem rührenden Eifer, mit einem Anhieb nun alles nachholen zu wollen! Ich machte dem jungen Menschen begreiflich, daß sein Zustand der Unbefangenheit wertvolle Bildungsmöglichkeit in sich birgt. Denn jeder Gedanke, den er denkt, ist sein urtümlichster Besitz, die Art seines Sprechens und Betrachtens ist eminent und unverbildet von aller fremden Sprech- und Betrachtungsweise. Die drei großen, ewigen Bildungsquellen: Empfinden, Denken, Muttersprache sind jedem normalen Menschen gegeben; und wohl dem Reichen, der sie sich rein bewahrt hat und sich ihrer freudig bewußt ist. Sich bewußt werden, wie reich geblüht man ist, indem man sich dieses Besitzes freut und ihn gebraucht, das überhaupt ist Grundlage und Ursprung aller Bildung.

Viel zu sehr hat der Bildungstrieb diesen Ursprung verschüttet. Wir denken mit fremdem Geist und schauen mit fremden Augen und nennen es Bildung. Aber nur was den Weg zu uns und von uns zur Welt freimacht, verdient diesen Namen. Die Häufung von Wissen kann uns dazu verhelfen, ist aber so wenig wesentlich, wie der Besitz von Geld für die innere Freiheit des Menschen. Sehen wir uns doch die Vielwisserei näher an; nur dem souveränen Geist frommt sie, nur er baut aus Wissensschätzen neue Welten. Der Durchschnitt wird zum Sklaven des angehäuften Materials, sein Gehirn zum Zettelkasten; mag er der größte Polyhistor sein, er bleibt doch nur Famulus des fauftischen Geistes, ein trockener Schleicher, eine Ratte in den Kornkammern der Wissenschaft, die ihn nicht begleitet. Wiederum zeigt sich die Parallele zwischen Wissensschätzen und Geldbesitz. Beides macht nur den völlig frei, der schon die Anlage zur Freiheit in sich trug; die andern beherrschen das Material nicht, sondern werden von ihm beherrscht. Alles Wissen ist letzten Endes nur von zweitrangiger Bedeutung; es hilft wohl dem schöpferischen Kopf, aber es macht ihn nicht.

Professor Schiemann †

Geheimrat Professor Theodor Schiemann, der bekannte Berliner Historiker, ist nach kurzem Kranksein an den Folgen einer Darmoperation gestorben.

Im Jahre 1847 in Kurland geboren, kam Schiemann nach Beendigung seiner historischen Studien in Dorpat und nach mehrjährigem Wirken in seiner Heimat nach Deutschland. Eine warme Empfehlung des Freundes Bismarcks, des Grafen Alexander Kayserlingk, öffnete dem jungen Gelehrten das Haus des Altreichskanzlers, der ihn sodann mit der Leitung des preußischen Staatsarchivs betraute. In der Folge trat er in engere Beziehungen zu Miquel, der Schiemann sehr hoch schätzte und ihn später auch Kaiser Wilhelm II. vorstellte. Der Kaiser legte auf Schiemanns historisches Urteil, besonders in den Fragen der osteuropäischen Geschichte, großes Gewicht, und hat selbst in den letzten Kriegsjahren mit ihm über solche Fragen gern und oft geplaudert. Nachdem Schiemann Dozent an der Kriegsakademie für Geschichte gewesen war, wurde er an die Berliner Hochschule berufen und war hier zuletzt ordentlicher Professor für osteuropäische Geschichte. Schiemann hat die deutsche geschichtliche Literatur mit zahlreichen Werken und Schriften bereichert, die teils allgemeine historische Themen behandeln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210127030/fragment/page=0002